

Prof. Dr. Richard Schröder

„Vom 17. Juni zum 3. Oktober. Der Weg zur deutschen Einheit“

Rede auf der Gedenkveranstaltung des Bayerischen Landtages aus Anlass des 50. Jahrestages des Volksaufstandes in der DDR am 17. Juni 1953, München, 24. Juni 2003

Herr Landtagspräsident, Herr Ministerpräsident, meine Damen und Herren Abgeordnete, liebe Gäste!

Am 17. Juni 1953 kam es in 700 Orten der DDR zu Streiks und Demonstrationen. Ausgelöst waren sie durch die zehnpromtente Normerhöhung, die die SED-Regierung Ende Mai verfügt hatte. Bei den Lohnzahlungen am 13. Juni wurden sie erstmals wirksam.

Am Montag, dem 15. Juni, forderten die Bauarbeiter des Krankenhauses Berlin-Friedrichshain in einer Resolution an den Ministerpräsidenten Grotewohl, „dass von dieser Normerhöhung auf unserer Baustelle Abstand genommen wird.“ Wir „erwarten Ihre Stellungnahme bis spätestens morgen Mittag“. Die Resolution wurde vom BGL-Vorsitzenden und drei Arbeitern im Haus der Ministerien abgegeben. Als am 16. Juni keine Antwort vorlag, zogen etwa 10.000 Demonstranten zum Haus der Ministerien. Inzwischen hatte das Politbüro die Normerhöhung zurückgenommen. Als aber Minister Selbmann dies den Demonstranten mitteilte, wurde er niedergeschrien. Ein Arbeiter rief: „Was Du uns da erklärt hast, interessiert uns überhaupt nicht. Wir wollen frei sein. Wir fordern freie und geheime Wahlen.“ Ein anderer: „Für morgen rufen wir den Generalstreik aus“.

Eine Abordnung der Demonstranten suchte den RIAS in Westberlin auf, der in der ganzen DDR gehört wurde. Der RIAS informierte über die Berliner Ereignisse des 16. Juni und verbreitete vier Forderungen der Demonstranten: Rücknahme der Normerhöhung, Senkung der Lebenshaltungskosten, freie und geheime Wahlen, keine Maßregelungen der Streikenden. Den Aufruf zum Generalstreik erwähnte der RIAS nicht, meldete aber korrekt die Rücknahme der Normerhöhungen. Kurz darauf verbot ein amerikanischer Offizier dem RIAS die Verbreitung jener Forderungen, weil er fürchtete, Westberlin könnte tangiert und ein Krieg ausgelöst werden.

Am 16. Juni, 23 Uhr wandte sich der Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, Jakob Kaiser, über den RIAS an die Ostberliner und Ostdeutschen mit der Bitte, „sich weder durch Not noch durch Provokationen zu unbedachten Handlungen hinreisen zu lassen. Niemand soll sich selbst und seine Umgebung in Gefahr bringen.“ Und am 17. Juni, 5.15 Uhr meldete sich der Westberliner DGB-Vorsitzende Scharnowski über den RIAS zu Wort: „Tretet der Bewegung der Ostberliner Bauarbeiter, BVGer und Eisenbahner bei. ... Je größer die Beteiligung, ist, desto machtvoller und disziplinierter wird die Bewegung für Euch mit gutem Erfolg verlaufen.“

Am 17. Juni begannen landesweit Demonstrationen. Allein in Berlin waren schließlich 150.000, im ganzen Land etwa 2 Millionen auf der Straße, zu allermeist friedlich, es kam aber auch zu Gewaltakten. Gebäude wurden gestürmt, Kioske und das Columbushaus in Berlin in Brand gesteckt. Es gab Fälle von Lynchjustiz. Zwischen 10 und 15 Personen sind durch Aufständische ums Leben gekommen. Die Sicherheitskräfte der SED waren völlig machtlos. Nicht wenige Polizisten gingen zu den Demonstranten über.

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

Um zehn Uhr ließ der sowjetische Botschafter Semjonow die handlungsunfähige SED-Führung in geschlossener Wagenkolonne nach Karlshorst in Sicherheit bringen. 13 Uhr verhängte die Besatzungsmacht den Ausnahmezustand über alle großen Städte und 167 der 217 Landkreise. Allein in Ostberlin fuhren 600 sowjetische Panzer auf. Es wurde geschlossen, erst über die Köpfe hinweg und, wo das nicht wirkte, gezielt auf Personen. Auf Moskauer anordnung wurden sofort willkürlich 18 standrechtliche Erschießungen vorgenommen und zur Abschreckung mit Plakaten veröffentlicht. Die Zahl der Toten wird insgesamt auf 60 bis 150 geschätzt, die der Verwundeten ist unbekannt. 13.000 wurden schließlich verhaftet, 2.000 zu harten Zuchthausstrafen verurteilt, zwei zum Tode. Besonders hart wurden die Organisatoren der Streiks bestraft, obwohl die DDR-Verfassung das Streikrecht garantierte.

Was als Streik der Arbeiter gegen Lohnkürzungen begann, wurde in wenigen Stunden zu einem landesweiten Aufstand mit politischen Forderungen: freie Wahlen, Freilassung der politischen Gefangenen, Rücktritt der Regierung, Pressefreiheit, Wiedervereinigung. Wie wir nunmehr aus den Stasiakten wissen, beteiligten sich schließlich alle Schichten der Bevölkerung, auch Mitglieder der Parteien und der Gewerkschaft. Auf dem Lande gab es Bauerndemonstrationen. Viele Demonstrationen führten vor die Gefängnisse mit der Forderung nach Freilassung politischer Häftlinge, nicht selten mit Erfolg. Aber nach 36 Stunden endete das alles in einer blutigen Tragödie.

Wie kam es zu diesem Aufstand? Die Normerhöhung war bloß der Anlass. Die Ursachen lagen tiefer, sie lagen ein Jahr zurück.

Auf der Zweiten Parteikonferenz der SED vom 9. bis 12. Juni 1952 wurde der Aufbau des Sozialismus in der DDR proklamiert und das hieß: die DDR wird nach dem Muster der Sowjetunion umgestaltet. Es folgte das schlimmste Jahr der DDR-Geschichte, das auch in der DDR weitestgehend verdrängt und vergessen worden ist, weil davon nicht gesprochen werden durfte.

1947 waren auch in der sowjetischen Besatzungszone Länderverfassungen in Kraft gesetzt worden, die weitgehend der deutschen Verfassungstradition verpflichtet waren mit Gewaltenteilung und einer unabhängigen Justiz. Nun wurden mit Gesetz vom 23. Juli 1952 die Länder abgeschafft und in vierzehn Bezirke aufgeteilt. Mit den Ländern verschwanden auch die Verwaltungsgerichte und die Finanzgerichte. Zweihundert Richter wurden entlassen, nicht weil sie Nazis waren, denn die hatte die sowjetische Besatzungsmacht längst entlassen, sondern weil ihre Unparteilichkeit störte. Sie wurden durch unausgebildete SED-treue „Neurichter“ ersetzt, die sich besonders gut kurzen Prozess machen konnten.

Die Erklärung der Zweiten Parteikonferenz beginnt mit einem Aufruf zum „nationalen Befreiungskampf gegen die amerikanischen, englischen und französischen Okkupanten in Westdeutschland“ und zum „Sturz ihrer Vasallenregierung in Bonn“. Die „Festigung und Verteidigung der Grenze“ und die „Organisierung bewaffneter Streitkräfte, die mit der neuesten Technik ausgerüstet“ sind, werden angekündigt. Am 26. Mai 1952 war die Westgrenze abgeriegelt worden. Die Aufrüstung der DDR begann. Der Ausbau der Schwerindustrie wurde auf Kosten der Konsumgüterindustrie forciert. Milliardeninvestitionen wurden für Schiffsbau und Flugzeugbau vorgesehen, weil die DDR auf beiden Gebieten ihre eigenen Rüstungsgüter produzieren sollte. Das alles brachte die Wirtschaft der DDR in eine massive Krise.

Die neue Losung: „Aufbau des Sozialismus“ hieß zugleich „Verschärfung des Klassenkampfes“, den „feindlichen Widerstand brechen“. Im Klartext: die Staatsmacht wurde zur Waffe der Partei gegen die Bürger, das war mit Klassenkampf gemeint.

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

Der Klassenkampf richtete sich gegen wirtschaftlich Selbständige – wer Angestellte hatte, war jetzt „Kapitalist“- , also gegen Bauern und Bürgertum. Ihnen, nämlich 2 Millionen, wurden die Lebensmittelkarten entzogen. Und die Justiz wurde regelrecht als Terrorinstrument eingesetzt, getreu nach Lenin: „Das Gericht soll den Terror nicht beseitigen ... , sondern ihn prinzipiell, klar, ohne Falsch und ohne Schminke begründen und gesetzlich verankern.“ (LW Bd. 33, S. 344.)

Von August 1952 bis Ende Januar 1953 kam es zu 1.250 politisch motivierten Gerichtsverfahren gegen Bauern mit vielen Zuchthausstrafen und Enteignungen, weil sie das erhöhte Ablieferungssoll nicht erreichten oder daraus resultierende Steuerschulden nicht begleichen konnten. Ein Beispiel: In Prenzlau wurde ein Bauer zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt und enteignet, weil er aus Krankheitsgründen das Soll nicht erfüllt hatte. Mehr als 15.000 Bauern flüchteten damals nach Westen. 500.000 ha lagen schließlich brach. Aufgrund des „Gesetzes zum Schutze des Volkseigentums“ wurden bis Ende 1953 ca. 10.000 Personen verurteilt. Auch dafür ein Beispiel: ein Lagerarbeiter aus Luckenwalde wurde zu drei Jahren Haft verurteilt, weil er den Diebstahl von einem Paar Hausschuhe durch einen anderen geduldet hatte. Der private Handel und Großhandel wurde mittels verweigerter Kredite, Zulieferungsverboten und systematisch eingesetzter schikanöser Steuerprüfverfahren zerschlagen. Bei der Zerschlagung des Großhandels wurden in 3.000 Betriebsprüfungen 2.100 Strafverfahren eingeleitet, 2.300 Personen verhaftet und ein Vermögen von 335 Millionen Mark eingezogen. März/April 1953 kam es zu einem regelrechten Kirchenkampf. Die Junge Gemeinde wurde als Tarnorganisation des US-Imperialismus denunziert. 3000 Jugendliche wurden von den Oberschulen verwiesen, weil sie nicht bereit waren, sich vor versammelter Schülerschaft von der Jungen Gemeinde loszusagen. Lehrer wurden strafversetzt oder entlassen. 70 Pfarrer und Jugendleiter waren inhaftiert. 600 Studenten wurden exmatrikuliert, weil sie sich zur Studentengemeinde hielten. Gegen Johannes Hamel, Studentenpfarrer in Halle, und Johannes Althausen, Generalsekretär der Studentengemeinden in der DDR, beide inhaftiert, wurden publizistisch Schauprozesse vorbereitet. Der Religionsunterricht in den Räumen der Schule, durch die DDR-Verfassung garantiert, wurde unter Verfassungsbruch verboten.

In diesem einem Jahr „Aufbau des Sozialismus“ hat sich die Zahl der Häftlinge auf 64.400 verdoppelt. Mehrere hunderttausend haben in diesem Jahr der DDR über Westberlin den Rücken gekehrt – mit unauffälligem Handgepäck.

Der Klassenkampf richtete sich auch gegen SED-Mitglieder. Eine „Säuberung“ von „feindlichen Elementen“ mit Schauprozessen wurde vorbereitet. Im Januar 1953 wurden Juden als „zionistische Agenten“ aus der Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes (VVN) ausgeschlossen. Seit dem 11. September 1952 wurden an die SED-Funktionäre bis auf die Kreisebene hinab persönliche Waffen ausgegeben, die erst im November 89 unter Protest der Betroffenen wieder eingesammelt wurden.

Nach Stalins Tod am 7. März 1953 beobachtete die neue sowjetische Führung die repressive Politik der SED mit wachsender Sorge, weil sie um die Stabilität ihres westlichen Vorpostens fürchtete. Deshalb wurde die SED-Führung vom 2. bis 4. Juni nach Moskau zitiert. Ihr wurde ein umfangreiches Schriftstück zur Stellungnahme vorgelegt, in dem als Hauptursache für die Massenflucht der DDR-Bürger und die Wirtschaftskrise „der Kurs auf einen beschleunigten Aufbau des Sozialismus in Ostdeutschland“ verantwortlich gemacht wurde, der, obwohl seinerzeit vom ZK der KPdSU gebilligt, nun „für nichtig zu halten“ sei. Kritisiert werden namentlich die Repressionen gegen Bauern, gegen das „Privatkapital“, die Forcierung der

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

Schwerindustrie zulasten der Versorgung der Bevölkerung und die Einmischung in die Angelegenheiten der Kirche. Der SED werden „Maßnahmen zur Stärkung der Gesetzlichkeit und Gewährung der Bürgerrechte“ auferlegt. Nicht erwähnt wird die Normerhöhung. Die Kurskorrektur sollte der „Stärkung unserer Position sowohl in Deutschland selbst als auch in der Deutschlandfrage auf der internationalen Ebene“ dienen.

Die SED-Führung gehorchte umgehend. Noch von Moskau aus ließ sie die weitere Verbreitung ihres Propagandamaterials sperren und die pompösen Vorbereitungen zu Ulbrichts Geburtstag stoppen, die die Sowjetführung als Personenkult kritisiert hatte. Am 9. Juni beschloss das Politbüro der SED ein Kommuniqué, in dem es seine Fehler eingestand, das ganze Inventar der Repressionen noch einmal aufzählt und deren Rücknahme ankündigte - mit zwei Ausnahmen. Das Wort „Bürgerrechte“ fehlte und - die Normerhöhung. Die Arbeiter- und Bauernregierung hatte die Arbeiter vergessen. Weil sie sich zu Recht übergegangen sahen, traten die Arbeiter in den Streik. So kam es zum 17. Juni.

Welche Folgen hatte der 17. Juni?

Eine paradoxe Folge, die weder die Demonstranten noch die Sowjetunion gewollt haben: Der 17. Juni rettete Walter Ulbricht. Er triumphierte gegen seine innerparteilichen Widersacher und säuberte die Partei. Kriterium war der 17. Juni. Wer zurückgewichen war oder gar Verständnis für die Forderungen der Demonstranten gezeigt hatte, verlor seinen Posten. Bis 1954 wurde etwa die Hälfte der SED-Funktionäre auf allen Ebenen ausgewechselt. Nicht wenige wurden ausgeschlossen. Dagegen war es nun nicht mehr so wichtig, ob jemand früher Nazi war. Im Februar 1954 ermittelte parteiinterne Statistiker, dass der Anteil ehemaliger NSDAP-Mitglieder in der SED zunimmt. Waren es bisher 8,6 %, sind es nun bei den um Aufnahme ersuchenden Kandidaten 9,3 %. Bei ehemaligen Mitgliedern der SA und SS stieg die Zahl gar von 6,1 % auf 9,9 %. Als die SED-Kreisleitung Pasewalk am 27. Januar eine Kommission bilden wollte, um den steigenden Anteil von Altnazis in der SED des Kreises zu untersuchen, wurde ihr das strikt verboten.

Unmittelbar nach dem 17. Juni begann erneut der Justizterror. Ab 1954 wurde die Jugendweihe zum neuen Kirchenkampfinstrument. Ab 1958 wurde die Kollektivierung der Landwirtschaft wieder forciert. Die Reste der privaten Industrie, inzwischen zu „halbstaatliche Betrieben“ umgewandelt, zerschlug Honecker Anfang der 70er Jahre.

Aber die SED begann nun auch, die Lebensverhältnisse zu verbessern, um die Arbeiter für sich zu gewinnen. Später hieß das: „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik.“ Nichts gegen Sozialpolitik! Die SED aber betrieb sie aber als Gnadengabe für Wohlverhalten. Wir sollten zufriedene Knechte sein, nicht Bürger mit garantierten Rechten.

Der 17. Juni blieb das Trauma der SED. Die SED zog die Konsequenz: wenn man das Ventil öffnet, explodiert der Kessel, also nie wieder nachgeben – und versteinerte. Als dem Stasiminister Mielke am 31. August 1989 über die brisante Lage berichtet wurde, fragte er: „Ist es so, dass morgen der 17. Juni ausbricht?“

Aber auch für die Bevölkerung der DDR blieb der 17. Juni ein Trauma. Alle Losungen von damals waren seitdem tabu: Rücktritt der Regierung, freie Wahlen, Wiedervereinigung. Die Nachgeborenen wussten meist gar nichts vom 17. Juni. Denn die Haftentlassenen mussten Schweigeerklärungen unterschreiben. Erst seit 1990 beginnen die Großeltern staunenden Enkeln zu erzählen.

Wir mussten lernen: gegen Panzer ist Zivilcourage machtlos. Das haben wir 1956 in Ungarn und 1968 in der CSSR wieder erlebt. Wo sich der Ruf nach Freiheit meldet, erscheinen die

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

sowjetischen Panzer. Budapest ist 1956 weit stärker zerstört worden als im 2. Weltkrieg. Daraus ergab sich zwingend: der Schlüssel für Veränderungen liegt nicht in der DDR, er liegt in Moskau. Wenn dort ein Nagy oder Dubcek auftritt, dann allerdings werden keine Panzerrollen.

Was genau nun war dieser 17. Juni?

Die SED hat bis zuletzt behauptet, das sei ein von außen gelenkter faschistischer Putsch gewesen. Das behauptet heute nicht einmal der Vorstand der PDS. Nur eine „Erklärung des Berliner Alternativen Geschichtsforums“ zum 50. Jahrestag des 17. Juni, die auch der PDS-Ehrenvorsitzenden Hans Modrow unterschrieben hat, macht „antisozialistische Kräfte im Land und außerhalb seiner Grenzen“, darunter Altnazis, für die Demonstrationen verantwortlich. Das müssen wir nicht ernst nehmen. Ein paar Verrückte gibt es immer.

Peinlich ist, dass alle DDR-Schriftsteller, die sich vor 1989 zum 17. Juni geäußert haben, Stefan Hermlin, Anna Seghers, Heiner Müller, der These vom faschistischen Putsch oder, so Stefan Heym, vom halbfaschistischen Putsch, Tribut gezollt haben. Kurt Bartel, der sich KuBa nannte und furchtbare Hymnen auf Stalin verfasst hat, schrieb in einem Flugblatt gegen die Ostberliner Bauarbeiter, dass er sich für sie schäme. „Da werdet ihr sehr viel und sehr gut mauern ... müssen, ehe diese Schmach vergessen ist.“ Dergleichen mag Bertold Brecht veranlasst haben, nach dem 17. Juni zwar öffentlich seine Solidarität mit der SED zu bekunden, zu Hause aber „Die Lösung“ aufs Papier zu bringen: die Regierung möge das Volk auflösen und ein anderes wählen, wenn das Volk das Vertrauen der Regierung verspielt hat.

Neuerdings treten hier und da Westdeutsche auf, die erklären, der 17. Juni sei kein Ruhmesblatt für die Deutschen. Hubertus Knabe wirft dem Westen vor, nicht eingegriffen zu haben. Gerhard Besier wirft den ostdeutschen Kirchen beim 17. Juni Versagen vor. Die beiden bringen erstens zu Recht in Erinnerung, dass der 17. Juni gescheitert ist. Unter den Ketten der sowjetischen Panzer wurden auch die Hoffnungen des 9. Juni begraben. Zweitens behaupten sie, das hätte nicht so kommen müssen, wenn der Westen oder der Osten oder beide mutiger gewesen wären.

Es geht dabei nicht nur um eine historisch-akademische Frage, sondern um eine moralische Frage in einem harten Kampf um Anerkennung, oder anders ausgedrückt: das zielt auf unsere Demütigung. Denn immer wieder höre oder lese ich von Westdeutschen die Frage, warum wir uns diese Diktatur so lange haben gefallen lassen. Das soll heißen: wir hätten uns das nicht bieten lassen. Die Ahnungslosen. Wissen sie denn nicht mehr, wie zahm sie als Transitreisende den DDR-Grenzsoldaten begegnet sind, diese unschlagbaren Widerstandskämpfer?

Hätte der Westen am 17. Juni eingegriffen, hätte tatsächlich ein Weltkrieg gedroht. Die Sowjetunion hatte nach 1945 nicht, wie die Westalliierten, abgerüstet.

Und hätten die Kirchen vor oder nach dem 17. Juni zu Demonstrationen aufgerufen, hätten sie bloß die Zahl der Opfer erhöht. Es ist zweierlei: Märtyrer *werden*, nämlich schwere Nachteile für seinen Glauben hinnehmen müssen – das ist damals vielen Christen in der DDR widerfahren – und Märtyrer *machen*. Das ist den Kirchen verwehrt und dabei soll es bleiben. Als sich 1977 Pfarrer Brüsewitz aus Protest gegen das DDR-Regime in Zeitz öffentlich verbrannt hatte, wurde Bischof Werner Krusche gefragt, warum sich die Kirche nicht hinter ihn gestellt hat. Er hat geantwortet: wir konnten uns nicht *hinter* ihn stellen, weil er seine Vorhaben mit uns gar nicht besprochen hat und weil wir das auch nicht gutheißen konnten. Wir konnten uns nur *vor* ihn stellen, ihn nämlich in Schutz nehmen. Und das hat Bischof

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

Krusche gegenüber den Staatsvertretern mutig getan. Trotzdem musste auch er hinnehmen, nach 1990 von westlichen Besserwissern als Feigling dargestellt zu werden.

Nochmals: gegen Panzer ist Zivilcourage machtlos. Zuletzt ist uns das 1989 in China auf dem Platz des Himmlischen Friedens demonstriert worden. Manche Westdeutsche wollen nicht glauben, dass man eine stabile Diktatur von innen nicht stürzen kann. Das stört ihr Weltbild, denn sie träumen von der Allmacht des zivilen Widerstands und ziviler Konfliktbeilegung.

Die Ahnungslosen. In Wahrheit ist gewaltfreier Widerstand nur wirksam gegenüber einer Regierung, die Rücksicht auf die öffentliche Meinung nimmt, also unter demokratischen Verhältnissen. Ghandi hatte Erfolg, weil große Teile der britischen Öffentlichkeit auf seiner Seite standen. Stalin soll Churchill bei vorgerückter Stunde einmal gefragt haben, warum er Ghandi nicht einfach erschießen lässt. Stalin hat diese Methode millionenfach erfolgreich praktiziert und ist nie gestürzt worden.

Aber wenn der 17. Juni keinen Erfolg haben konnte, war der 17. Juni dann nicht bloß eine große Torheit? Immanuel Kant hat zur Französischen Revolution bemerkt: Bedenkt man, mit wie viel Elend und Greuel sie verbunden war, könnte niemand verantworten, sie auf diese Kosten noch einmal zu unternehmen. Trotzdem finde diese Revolution „in den Gemüthern der Zuschauer eine Theilnehmung dem Wunsche nach, die nahe an Enthusiasmus grenzt“, weil sich da gegen den Despotismus der Gedanke des Rechts Geltung verschafft hat. (AA 7, 85ff.)

So müssen wir auch den 17. Juni sehen. Ihn noch einmal zu initiieren könnte der hohen Opfer wegen niemand verantworten. Aber Bewunderung nötigt uns ab, dass der Wunsch nach Einigkeit und Recht und Freiheit damals so unerwartet mächtig wurde. Widerlegt wurde damit, dass den Deutschen der Untertanengeist angeboren sei.

Das wurde im Herbst 89 noch einmal widerlegt. War er die Fortsetzung des 17. Juni? - Zunächst fallen Diskontinuitäten auf. Diesmal waren es nicht die Arbeiter, die noch einmal ihre Gewerkschaftserfahrungen im Arbeitskampf nutzten, sondern junge Nonkonformisten, die vom Schrecken der Stalinzeit nicht mehr gelähmt waren. Es war auch nicht zuerst der Zorn gegen Repressionen, sondern neue Themen, die sie bewegten: Umweltfragen, Frieden und Abrüstung, Dritte Welt. Diese Themen brachten die SED in Verlegenheit, weil sie nicht ins Bild vom Klassenfeind passten. Sie forderten nicht freie Wahlen, sondern zählten bei der Kommunalwahl im Mai 1989 mit, um die Wahlfälschung zu dokumentieren und dann nach DDR-Gesetzen Anzeige zu erstatten. Diese Gruppen unter dem Dach der Kirche entdeckten die Vernetzung als Schutz. Als es zu Verhaftungen kam, wurde durch Fürbittgottesdienste Öffentlichkeit hergestellt, und zwar via Westfernsehen, denn inzwischen gab es Westkorrespondenten in der DDR. Die Kirchen konnten den Oppositionellen deshalb einen gewissen Schutz gewähren, weil die SED von Westkrediten abhängig geworden war und sich deshalb eine gewisse Beißhemmung gegenüber den Kirchen auferlegen musste, um nicht die Stimmung bei ihren Kreditgebern zu verderben.

Nicht von Baustellen und Betrieben nahmen die Demonstrationen des Herbstes 89 ihren Ausgang, sondern von Friedensgebeten. Und es wurden Verhaltensmaßregeln gelernt. Wer verhaftet wird, ruft seinen Namen, damit er nicht namenlos verschwindet. Und: „Keine Gewalt!“ Als die Montagsdemonstration zur Massenbewegung anschwellte und auch an der Leipziger Stasizentrale vorbeiführte, schützten Demonstranten mit Kerzen das Gebäude, damit auch nicht eine zerschlagene Fensterscheibe den Anlass für Gewalt gab. Der Volkskammerpräsident Sindermann (SED) hat später dazu resigniert bemerkt: „auf alles waren wir vorbereitet, bloß nicht auf Kerzen.“ Die SED war vorbereitet auf eine

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

Wiederholung des 17. Juni und verwirrt, als alles anders verlief. Und sie war wie gelähmt, als Gorbatschow erklärte, dass diesmal die sowjetischen Panzer in den Kasernen bleiben.

So viele Faktoren oder auch so viele glückliche Umstände sind nötig, damit eine friedliche Revolution gelingt. Planen und machen kann man davon nur einiges wenig.

Die deutsche Einheit gehörte nicht zu den Forderungen der oppositionellen Gruppen in der DDR. Erst als die Mauer fiel und die Ohnmacht des Regimes offenbar war, begannen Demonstranten aus der Nationalhymne der DDR zu skandieren: „Deutschland einig Vaterland.“ Nur in der sächsischen Stadt Plauen war von Demonstranten die deutsche Einheit schon vor dem Mauerfall gefordert worden. Trotzdem waren schließlich wieder die drei zusammen: Freiheit, Rechte, Einigkeit.

Auch dieses Jahr ist wieder gefordert worden, statt des 3. Oktober den 17. Juni zum deutschen Nationalfeiertag zu erheben. Ich möchte davor dringend warnen. Es bekommt keinem Volk gut, wenn es seine Niederlagen feiert und sich an Bildern von Panzern gegen Demonstranten erbauen möchte. Das ist Masochismus. Die Serben treiben einen solchen Kult mit dem Amsfeld, auf dem sie von den Türken geschlagen worden sind. Andere Völker feiern Unabhängigkeitstage, Verfassungstage oder den Geburtstag ihrer Königin, nicht aber Niederlagen. Wäre 1990 der 17. Juni Tag der deutschen Einheit geblieben, wäre die Reaktion im Osten gewesen: jetzt drücken die uns auch noch ihren Feiertag auf.

Es war die erste frei gewählte Volkskammer, die den Beitritt zum 3. Oktober beschlossen hat, und zwar aus drei Gründen. Erstens wollte sie so schnell wie möglich beitreten. Zweitens aber mussten die Siegermächte und die KSZE zustimmen. Am 1. Oktober wurde der 2+4-Vertrag der KSZE vorgestellt. Und drittens wollten die Abgeordneten keinen 41. Jahrestag der DDR erleben. Das wäre der 7. Oktober 1990 gewesen.

Den 3. Oktober könne man nicht feiern, heißt es. Das sei ein Datum ohne Emotionen, denn der Beitritt war ja nur ein bürokratischer Akt. So gesehen ist auch jede Eheschließung oder Trauung nur ein bürokratischer Akt. Das erste Rendezvous war sicher aufregender. Nun aber ist alles geklärt und wird verbindlich veröffentlicht und kräftig befeiert. Wir könnten jeden 3. Oktober das bewegte Jahr zur deutschen Einheit mit allen Stationen feiern – wenn wir wollten. Aber wir diskutieren lieber über das passende Datum, alle Jahre wieder. Und von wegen ohne Emotionen.

Ich weiß nur ein Datum der deutschen Geschichte, das mit dem 3. Oktober vergleichbar ist: der Westfälische Frieden von 1648. Damals ging es allerdings nicht um 2+4, sondern um 111 deutsche und 38 europäische Mächte. Und verhandelt wurde während des heißen Krieges.

Aber der 2+4-Vertrag ist auch der Schlussstrich unter den Zweiten Weltkrieg. Er hat dem vereinten Deutschland die völkerrechtliche Mündigkeit zurückgegeben. Erstmals in seiner Geschichte leben wir seitdem in allseits anerkannten Grenzen und umzingelt von Freunden. Wem das kein Grund zum Feiern ist, dem kann ich auch nicht helfen.

[Die Zahlenangaben stammen aus: Ilko-Sascha Kowalczyk, 17. 6. 1953: Volksaufstand in der DDR. Ursachen – Abläufe – Folgen, Edition Temmen Bremen 2003.]

[Quelle: http://www.bayern.landtag.de/ausgewaehlte_reden_5697.html; siehe auch in leicht veränderter Form: Bayerischer Landtag, 14. Wahlperiode, Plenarprotokoll 14/118, 24.6.2003, S. 8731-8736.]

Bundeszentrale für politische Bildung	DeutschlandRadio	Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.
--	-------------------------	---